

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 27. Ratssitzung vom 10. Dezember 2014**

### **577. 2014/280**

#### **Weisung vom 10.09.2014:**

#### **Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2015 wird genehmigt.
2. Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2015 werden genehmigt.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 18 667 200.– nach erfolgter Lohnrunde 2015 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
4. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
5. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2015 wird genehmigt.
6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2015 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2015 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2015 mit zwei Produktgruppen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2015, Entwurf des Stadtrats vom 10.09.2014
- Produktgruppen-Globalbudgets, Entwurf des Stadtrats vom 10.09.2014
- Novemberbrief vom 05.11.2014
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 24.11.2014
- Anträge der RPK vom 24.11.2014, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

**Rebekka Wyler (SP):** *Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem*

Verlust in der Höhe von 160 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung vor. Einem Aufwand von 8,6 Milliarden Franken stehen Erträge von 8,4 Milliarden Franken gegenüber. Im Vergleich zum Budget 2014 steigt der Gesamtaufwand um 180 Millionen Franken, gleichzeitig gibt es Mehrerträge in der Höhe von 193 Millionen Franken. Der Abschluss der Rechnung 2014 ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt, das Defizit wird aber voraussichtlich noch 100–120 Millionen Franken betragen und liegt damit unter dem im Budget 2014 vorausgesagten Minus von 173 Millionen Franken. Wir gehen davon aus, dass das Eigenkapital bis Ende Jahr auf gut 400 Millionen Franken schrumpft – unter Verrechnung der aktivierten Schulden gegenüber der Pensionskasse sind es noch gut 150 Millionen Franken. Der weiterhin steigende Personalaufwand ist vor allem auf Stellenschaffungen im Schulamt (SAM), in den Stadtspitälern und in den Pflegezentren zurückzuführen. Der Sachaufwand steigt mit 1815 Millionen Franken sowohl gegenüber der Rechnung als auch gegenüber dem Budget 2014. Die geplanten Investitionen liegen mit knapp 1,2 Millionen Franken um 191 Millionen Franken höher als in der Rechnung, sind aber fast 40 Millionen Franken tiefer als im Budget 2014. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt gegenüber der Rechnung 2013, nimmt aber gegenüber dem Budget 2014 leicht zu; mit 50,1 % unterschreitet er aber das langjährig angestrebte Niveau von 70 %. Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) begrüsst, dass auf Budgetierungen, deren Realisierung unsicher ist, verzichtet wurde – insbesondere auf Pauschalabzüge. Die RPK hält fest, dass die Departemente mit den zugewiesenen Plafonds nicht einheitlich umgegangen sind, und wünscht, dass die Plafonds flächendeckend eingehalten werden. Wir sind beunruhigt, was das strukturelle Defizit und die Entwicklung der Steuereinnahmen angeht und weisen darauf hin, dass letztere auch wieder einmal sinken könnten. Wir halten es für ungünstig, dass die Kommunikation von Kürzungsbeschlüssen und Planzahlen Anfang Dezember erfolgte; zwischen dem Novemberbrief und dem Abschluss der Budgetberatungen sollte keine Kommunikation vonseiten der Regierung mehr stattfinden. Als störend erachten wir auch, dass einzelne Budgetkürzungen, die schon letztes Jahr beschlossen wurden, dieses Jahr erneut eingestellt wurden.

Zu einzelnen Departementen und Dienstabteilungen: Die RPK begrüsst, dass die festgestellten Doppelspurigkeiten im Bereich Human Resources (HR) angegangen werden. Betreffend Lohnfortzahlungen nach Entlassungen und Abfindungen erwarten wir eine rasche Erfüllung der hängigen Motion. Die Ausgaben der Organisation und Informatik (OIZ) steigen, wobei dies oft damit begründet wird, dass Leistungen für andere Departemente und Dienstabteilungen übernommen werden. Gleichzeitig steigen aber in den meisten Dienstabteilungen die Ausgaben für IT-Dienstleistungen Dritter. Der Stadtrat soll die IT-Ausgaben plafonieren. Was die Entwicklung des Return on Investment des städtischen Glasfaserkabelnetzes angeht, haben wir gewisse Bedenken. Erfreut sind wir über die besseren Ergebnisse der beiden Stadtspitäler wie auch darüber, dass das Bettenhaus im Stadtspital Triemli (STZ) nun doch nicht so aufwendig saniert wird.

Die RPK beantragt die Behandlung des vorliegenden Voranschlags 2015 mit dem eingereichten Änderungsantrag. Eine Minderheit der RPK stimmt dem Budget wie auch den Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2015 zu, eine andere

*Minderheit lehnt beide Budgets ab. Eine Mehrheit hat sich in der Abstimmung enthalten. Den Anträgen des Stadtrats betreffend die Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das Städtische Lohnsystem (SLS) und die Lohnmassnahmen auf die Besoldungstitel der Dienstabteilungen, die Festlegung des Steuerfusses auf 119 % sowie die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien und des Globalbudgets der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) stimmt die RPK mehrheitlich zu. Der Genehmigung des Budgets der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG) und der Stiftung Alterswohnungen (SAW) stimmt die RPK zu.*

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 578–584)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Das Budget ist in erster Linie geprägt von einer demokratischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Notwendigkeit. Zum Gedeihen des Standorts sind entsprechende Investitionen nötig. In der Stadt Zürich herrscht Hochkonjunktur, was unter anderem gezielten Investitionen zu verdanken ist. Natürlich ist ein mittelfristiger Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben anzustreben. Da im Moment – trotz Rekordeinnahmen bei den Steuern – ein Ungleichgewicht besteht, ist klar, dass das Ergebnis verbessert werden muss. Über Effizienz- und Einnahmesteigerungen sowie über Leistungskürzungen muss zunächst ein Rechnungsausgleich herbeigeführt werden. Dies braucht aber seine Zeit. Gemäss dem aktuellen Stand der Erwartungsrechnung wird das Defizit um die 100 Millionen Franken betragen. In ihrer Forderung, die Departemente müssten die Plafonds einhalten, überschätzt sich die RPK: Die Plafonds sind lediglich ein Steuerungsmittel des Stadtrats. Der Kritik an unserer Kommunikation ist zu entgegnen, dass der Stadtrat stets gesagt hat, er werde noch informieren. Die 10 %-Kürzungsanträge sind für mich nicht nachvollziehbar – erst recht nicht, wenn gleichzeitig beteuert wird, es sei eigentlich realistisch budgetiert worden. Der Stadtrat wird solche Beschlüsse nüchtern prüfen und sich Zusatzkredite und Differenzbegründungen vorbehalten. Unter dem Eindruck der Fraktionserklärungen möchte ich namentlich den bürgerlichen Parteien mitteilen, dass es verantwortungslos wäre, das Budget erst zu tragen, es dann aber trotzdem abzulehnen. Weiter gilt es darauf hinzuweisen, dass Sparen ohne Einbezug der Bereiche Personal und Bevölkerung nicht möglich ist.*

Kommissionsminderheiten:

**Walter Angst (AL):** *Die Grünen und die AL anerkennen, dass der Stadtrat an der Verbesserung des Budgets arbeitet. Die Frage, ob die tabellarischen Kürzungen durchzuwinken sind oder nicht, wird sich noch stellen. Der Gemeinderat muss aufpassen, dass er mit seinen Rückweisungsanträgen nicht mehr Schaden anrichtet, als dass er für gesunde Finanzen sorgt.*

**Martin Bürlimann (SVP):** *Gesamtaufwand, Personalaufwand, Sachaufwand, die Stellenwerte und alle Ausgaben steigen seit Jahr und Tag. Trotz der budgetierten*

Rekordeinnahmen kann das Defizit nicht ausgeglichen werden, und im Budget ist insgesamt kaum noch Luft. 2012 betrug die Nettoschuld 4,14 Milliarden Franken, 2013 stieg sie auf 4,35 Milliarden Franken, 2014 liegt sie bei 4,6 Milliarden Franken und für 2015 sind 5,35 Milliarden Franken budgetiert. Obwohl wir uns nicht in einer Wirtschaftskrise befinden, steigen Steuern und Abgaben sowie die Verschuldung stetig an. Somit ist das vorliegende Budget leider nicht nachhaltig. Gelegenheit, den Trend umzukehren, bietet sich nur noch dieses und wahrscheinlich nächstes Jahr. Die Anträge der Minderheiten sind moderat, das Defizit liesse sich ohne Weiteres auf Null bringen und sogar in ein Plus verwandeln – einschliesslich eine kleine Senkung des Steuerfusses. Damit könnte der Gemeinderat dem Steuerzahler ein positives Signal geben.

Eintretensdebatte:

**Roger Liebi (SVP):** Die Ankündigung des Finanzvorstands, möglicherweise Zusatzkredite zu beantragen, empfinde ich als arrogant und als eine Missachtung der Budgethoheit des Gemeinderats. «Zürich kostet», heisst es zwar, doch über Sparanträge wundert man sich. Mir fehlt der Glaube, dass das Sanierungsprogramm 17/0 auch nur ansatzweise Erfolg zeitigen könnte. Gegen Investitionen haben wir nichts, was uns aber stört, ist die Tatsache, dass allein der Personalaufwand innert 13 Jahren von 1,8 Milliarden Franken auf 2,7 Milliarden Franken gestiegen ist. In der gleichen Zeit ist der Gesamtaufwand um ganze 3 Milliarden Franken auf 8,5 Milliarden Franken gestiegen. Die RPK steht übrigens geschlossen hinter ihrem Bericht. Ich fordere den Finanzvorstand auf, zu den Finanzen der Stadt Sorge zu tragen.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Der Stadtrat hat die Budgethoheit des Gemeinderats zu respektieren. Die Plafonds nicht mehr zu bringen, wäre ungeschickt. Sparen wird nur möglich sein, indem gewisse Ausgaben nicht mehr getätigt werden. Die Personalausgaben setzen sich übrigens aus zwei Elementen zusammen, nämlich aus der Anzahl und dem Lohn der Angestellten. Was wir fordern, ist nicht die Kürzung der einzelnen Löhne, sondern eine Reduktion der Anzahl Stellen.

**Florian Utz (SP):** Von der in den Fraktionserklärungen vorgetragenen Schwarzmalerei hält die SP nicht viel. Nüchtern betrachtet ist die Finanzlage längst nicht so dramatisch. Zwar ist ein Defizit von 160 Millionen Franken budgetiert, doch gilt es weitere Punkte zu beachten: Die effektive Rechnung schneidet in aller Regel zwischen 50 und 100 Millionen Franken besser ab als das Budget. 55 Millionen Franken Pauschalabzüge sind nicht budgetiert, ein Teil davon könnte aber rechnerisch wirksam werden. Weiter dürften die durch die Grossbanken entstandenen 400 Millionen Franken Steuerausfall kein Dauerzustand sein. Zur Überbrückung der Zeit steht uns noch ein Eigenkapital in der Höhe von knapp einer halben Milliarde Franken zur Verfügung. Das heisst aber nicht, dass die SP grundsätzlich gegen Sparmassnahmen wäre. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben selbstverständlich Anspruch auf einen verantwortungsvollen Umgang mit ihren Steuergeldern, und für die Prioritäten muss genügend Geld zur Verfügung stehen. Die Prioritäten hat die Stimmbevölkerung klar gesetzt: Bezahlbarer

Wohnbau, Ausbau der Velowege und des öffentlichen Verkehrs (öV), bessere Kinderbetreuung, 2000-Watt-Gesellschaft. In diesen Bereichen haben wir deshalb zum Teil Erhöhungsanträge gestellt, gleichzeitig haben wir in anderen Bereichen und in grösserem Ausmass Kürzungsanträge gestellt, so z. B. beim Tag der offenen Tür und beim Lärmschutz. Radikale Kürzungen, wie sie von der bürgerlichen Seite beantragt werden, lehnen wir hingegen ab, da sie massive Leistungskürzungen für die Bevölkerung zur Folge hätten.

**Andrea Nüssli (SP):** Ich möchte auf die Bereiche Gesundheitsversorgung und Schulpolitik näher eingehen: Den Verzicht auf eine Gebührenerhöhung in den Alterszentren finden wir richtig. Die Alterszentren müssen aber langfristig anstreben, kostendeckend zu arbeiten. Die Belastung des Mittelstands muss unter Kontrolle gehalten werden. Auch die SVP ist gegen eine Tarifierhöhung in den Alterszentren, will aber gleichzeitig eine Verringerung sowohl bei den stationären als auch bei den ambulanten Dienstleistungen durchbringen. Zudem verlangt die bürgerliche Seite auch Kürzungen bei der Aus- und Weiterbildung im Gesundheitsbereich, obwohl das Geld ja gerade dort besonders nachhaltig angelegt werden kann. Mit den schwierigen Rahmenbedingungen kommen unsere Stadtkrankenhäuser Waid (SWZ) und Triemli (STZ) relativ gut zurecht. Es ist zynisch, vom SWZ immer mehr Umsatz zu verlangen, insbesondere im Wissen, dass das angegliederte Geriatriezentrum keinen Gewinn erzielen kann. Das STZ soll aus Sicht der Bürgerlichen weniger ausgebaut werden, doch seine Wachstumsstrategie verspricht einen erfolgreichen Ausbau der medizinischen Disziplinen, in denen auch ein Gewinn erwirtschaftet werden kann. Zur Schulpolitik: Die Pilot-Tagesschule 2025 stösst eine wichtige und richtige gesellschaftliche Veränderung an.

**Mauro Tuena (SVP):** Der Stadtrat gibt offen zu, dass das Projekt 17/0 gescheitert ist. 2017 wird man das Ziel um 200 Millionen Franken verfehlt haben. Dies zeigt, dass der Stadtrat seine Verantwortung nicht ernst genommen hat. Die Situation ist umso bitterer, als trotz guter Steuereinnahmen das Eigenkapital angebraucht wird; dieses sollte für die wirklich schwierigen Zeiten aufgehoben werden. Wenn Florian Utz (SP) behauptet, wir wollten Stellen streichen, liegt er falsch. Ich bitte die SP, ihre Regierungsverantwortung wahrzunehmen und die Finanzen ins Lot zu bringen, damit wir den Steuerzahlenden nach der Budgetdebatte mit gutem Gewissen in die Augen schauen können.

**Roger Tognella (FDP):** Der von Florian Utz (SP) erwähnte Kürzungsantrag zum Tag der offenen Tür war in der RPK einstimmig und ist deshalb kaum als Produkt der SP zu betrachten. Die weiter erwähnten Stellenkürzungen sind kein tabellarischer Antrag, sondern eine Pauschalkürzung, weswegen nicht konkret von Polizei- und Feuerwehrstellen gesprochen werden kann. Von der SP hätte ich heute ein klares Votum zur Leistungsüberprüfung 17/0 erwartet. Sie lässt es aber offenbar zu, dass das Ziel immer mehr aus den Augen verloren wird. Schade finde ich auch, dass der Stadtrat die Budgethoheit des Gemeinderats wie auch die Aufgaben der RPK nicht akzeptieren will.

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Es wird eine immer ungerechtere Steuerpolitik

*betrieben. Die Schweiz ist so reich wie noch nie, sie wird aber immer ungerechter. Es findet eine Umverteilung zugunsten der Allerreichsten statt. Ich vermisse eine klare Ansage von bürgerlicher Seite, dass eine das städtische Budget aushöhlende Steuerpolitik unbrauchbar ist.*

**Michael Baumer (FDP):** *Es sollte doch möglich sein, das ungebremste Ausgabenwachstum zu kritisieren. Der FDP und der SVP wird vorgeworfen, wir würden massive Leistungskürzungen beantragen – dies kann ich nicht nachvollziehen. Die Hoffnung der SP, die Grossbanken würden bald wieder nahezu 400 Millionen Franken Steuern zahlen, wird enttäuscht werden und mutet insofern ironisch an, als die SP bekanntlich nichts zur Förderung des Finanzplatzes beiträgt. Von massiver Umverteilung zu sprechen, ist ebenso schräg. Angesichts des ungebremsten Ausgabenwachstums, der Planlosigkeit des Finanzvorstehers und der Verantwortungslosigkeit der grössten Partei ist Schwarzsehen inzwischen tatsächlich angesagt.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Die SP hat sich in der Schlussabstimmung enthalten, und diese Drohung ist durchaus ernst gemeint, vor allem für den Fall, dass in den Bereichen Personal, Kinderbetreuung, preisgünstiges Wohnen oder Umweltschutz eine Schmerzgrenze überschritten werden sollte. Der Stadtrat machte in letzter Zeit nicht den besten Eindruck, und ich zweifle, ob er sich über die finanzielle Lage der Stadt und die geplanten Massnahmen wirklich einig ist. Gleichzeitig bin ich nicht sicher, ob die bisher getroffenen Massnahmen zielführend sind. Bei den städtischen Ausgaben muss genau hingeschaut werden. Die RPK sollte besser informiert und mehr in die Finanzpolitik und -planung einbezogen werden. Der «Rasenmäher»-Ansatz der Bürgerlichen zeugt von Planlosigkeit und Sachfremdheit. Die Einnahmen der öffentlichen Hand gehen nicht zuletzt aufgrund von Steuergeschenken an Grossverdiener und juristische Personen zurück. Die Steuerausfälle werden von bürgerlicher Seite genehmigt, anschliessend fordert sie aber allerorten Kürzungen. Dabei geht es ihr um eine gezielte Verknappung öffentlicher Gelder, um Sparmassnahmen zu Ungunsten breiter Bevölkerungsschichten zu rechtfertigen.*

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** *Was Florian Utz (SP) über die beabsichtigten Stellenstreichungen gesagt hat, stimmt. Zur Begründung des Antrags 023 werden «natürliche Fluktuationen, Reduktion 5,8 % für 2. Halbjahr 2015» angeführt. Stellenstreichungen bei der Polizei oder bei der Feuerwehr sind unter diesem Antrag sehr wohl möglich.*

**Min Li Marti (SP):** *Die SP kann nicht für alles die Verantwortung übernehmen, so z. B. nicht für die aktuelle Lage der beiden Grossbanken und des Finanzplatzes allgemein, ebenso wenig auch für die hohen Steuerausfälle. Die Freisinnigen hätten die Möglichkeit gehabt, bei Antrag 023 zu bestimmen, wo genau Stellen abgebaut werden sollen, es fehlt ihnen aber offensichtlich am nötigen Verantwortungsbewusstsein.*

**Marc Bourgeois (FDP):** *Der Finanzvorstand hat das Budget einzuhalten und nicht mit Zusatzkrediten zu drohen. Die Alternative zu den sogenannten «Rasenmäher-*

Anträgen» wären allzu konkrete Eingriffe ins operative Geschäft der Stadt, die es schon allein aus Zeitgründen zu vermeiden gilt. Durch Wegbrechen eines Geschäftsfeldes hatten die Grossbanken im Prinzip auch ein strukturelles Defizit. Reagiert haben sie ebenfalls mit Plafonds, die es einzuhalten galt. So muss es auch in der Stadt Zürich laufen. Wenn aber das Problem tatsächlich in einer Umverteilung zu den Allerreichsten gesehen wird, zeugt dies von einer verzerrten Wahrnehmung. Fakt ist: Wir haben Rekordsteuereinnahmen und trotzdem ein Rekorddefizit. 20 % der Bevölkerung zahlt ungefähr 80 % der Steuern. Ausserdem steigen die Erträge aus Gebühren noch stärker an als die Steuererträge. Die 300 Reichsten sind für die Stadt völlig irrelevant, Leistungsträger ist vielmehr der Mittelstand.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Die Voten der Gegenseite wie auch der Angriff des Finanzvorstands auf das Parlament haben mich schockiert. Der Zweckoptimismus, der im Zusammenhang mit den momentan guten Steuereinnahmen und der Hoffnung auf die Grossbanken verbreitet wird, erinnert an gewisse europäische Krisenstaaten. Uns wird das «Rasenmähen» vorgeworfen, während die andere Seite den Rasen sprengeln will, obwohl fast kein Wasser vorhanden ist.

**Dr. Jean-Daniel Strub (SP):** Zu unserer Richtigstellung und zur Bekräftigung der Debatte zitiere ich den zweitletzten Satz unserer Fraktionserklärung: «Die SP teilt das Ziel des Stadtrats: Das Defizit muss in den nächsten Jahren auf eine schwarze Null reduziert werden.»

**Roger Liebi (SVP):** Es kommt nicht auf den Inhalt der Fraktionserklärungen an, sondern auf die Taten. Florian Utz (SP) hat uns einen tabellarischen Antrag zur Streichung von Polizeistellen unterstellt, dabei ist in Antrag 023 weit und breit keine Tabelle zu finden. Im Vergleich zu 2010 haben wir 800 Millionen Franken mehr Erträge, daher ist es eine Frechheit, den Leuten ein Wegbrechen der Einnahmen weismachen zu wollen. Das Problem sind vielmehr die wachsenden Ausgaben.

**Florian Utz (SP):** Hier noch ein paar Fakten zu Antrag 023: Die natürliche Fluktuation von 5,8 % soll nirgends ersetzt werden, also auch nicht z. B. bei der Stadtpolizei (Stapo). Der Betrag ist auf hundert Franken genau ausgerechnet; er setzt sich zusammen aus 5,8 % der Löhne aller Dienstabteilungen, einschliesslich der 6 226 800 Franken der Stapo und der 1 934 100 Franken von Schutz und Rettung (SRZ). Soll die Stapo ausgenommen werden, kann der Antrag unter entsprechendem Vermerk in der Begründung und einer neuen Verbesserung von 30 778 400 Franken geändert werden. Soll zusätzlich auch SRZ ausgenommen werden, müsste eine Verbesserung von neu 28 844 300 Franken beantragt werden.

**Mauro Tuena (SVP):** Entweder schimpft man auf die Banken und verzichtet konsequent auf deren Steuergeld oder man anerkennt ihren wesentlichen Beitrag, den sie lange gezahlt haben, und nimmt das Geld an.

**Roger Tognella (FDP):** Ich gehe davon aus, dass die SP mit einer Änderung des Antrags 023 nicht einverstanden wäre. Ihre Verantwortung im Stadtrat und das Projekt

*17/0 will die SP auch nicht ernst nehmen. Der von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) angeführte zweitletzte Satz der SP-Fraktionserklärung ist ziemlich inhaltsleer.*

Eintreten ist unbestritten.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Aus der Vergangenheit wissen wir, dass der Budgetposten Aus- und Weiterbildung des Personals in allen aufgeführten Dienstabteilungen nicht ausgeschöpft wird. Deshalb wird eine Kürzung um 1,72 Millionen Franken gemäss der Tabelle beantragt.*

**Walter Angst (AL):** *Ein paar einleitende Bemerkungen zu den Tabellenkürzungen: Im Zusammenhang mit 17/0 wurde die Befürchtung laut, wichtige Mitarbeiter der Stadtverwaltung könnten sich aus einem Gefühl der Unsicherheit oder der Angst heraus nach einer anderen Stelle umsehen. Die Vorgesetzten haben in dieser Situation eine entscheidende Funktion inne. Mittels Plafonds setzte der Stadtrat relativ klare Richtlinien, was in den einzelnen Departementen und Dienstabteilungen offenbar zu Stress führte. Es ist fraglich, ob es Sinn macht, derart in die Stadtverwaltung einzugreifen. Die aufgeführten Zahlen sind auch gar nicht real, weil die meisten Kürzungen in Dienstabteilungen mit geschlossenen Rechnungskreisen oder Globalbudgets stattfinden und somit gar keine Auswirkungen aufs Budget haben. Deshalb sollte auf solch flächendeckende Listenanträge verzichtet werden, auch wenn dies in einem gewissen Sinn unbefriedigend ist. Gewisse Signale im Personalbereich zu setzen mag zielführend sein, im konkreten Fall aber gerade nicht: Die Stadt gibt ja lediglich 0,8 % dafür aus. Und Weiterbildung trägt sicher mehr zur Motivation der Angestellten bei als Lohnmassnahmen, die der Stadtrat in den nächsten drei Jahren ohnehin aussetzen will.*

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** *17/0 ist nichts anderes als ein Sanierungsprogramm, und dessen – sowie der Bedeutung einer Sanierung – sollte sich auch die linke Seite endlich bewusst werden. Im vorliegenden Tabellenantrag sind übrigens keinerlei Globalbudgets enthalten.*

**Michael Baumer (FDP):** *Besser wäre es in der Tat gewesen, der Stadtrat hätte alle diese Kürzungsanträge quasi vorweggenommen und selber umgesetzt. Für das Personal unbefriedigend ist vor allem die unentschiedene Sparübung des Stadtrats.*



9 / 9

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 28, Beschluss-Nr. 577/2014).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat